

DIE LINKE.

**Für soziale Gerechtigkeit
und
umfassende Demokratie vor Ort**

Programm zur Kommunalwahl 2009

www.dielinke-kreiswesel.de

Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort

Programm zur Kommunalwahl 2009



Kreisverband Wesel

DIE LINKE steht für eine soziale, solidarische und ökologische Politik. Wir verstehen uns als Alternative zu den etablierten Parteien und freien Wählergemeinschaften und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik. Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm. Immer mehr Menschen müssen für Niedriglöhne arbeiten oder sind erwerbslos. Dies führt zur Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung. Wir setzen uns dafür ein, dass in unserem Kreis niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

Statt Armut – menschenwürdiges Leben für alle

Keine Zwangsumzüge!
Förderung unabhängiger Arbeitslosenberatung!
Sozialtarife für Strom und Gas!

Gute Arbeit - Gute Löhne - Gute Rente

Umwandlung von Mini- und 1 Euro-Jobs in existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse!
Die Vergabe öffentlicher Aufträge gebunden an soziale und ökologische Bedingungen!

Bildung für alle

Gebührenfreie Kindertagesstätten!
Flächendeckend Ganztagschulen!
Eine Schule für alle!

Sozialticket

Menschen, die arbeitslos oder Geringverdiener sind oder Grundsicherung beziehen, sollen ein ermäßigtes Ticket für 15 Euro monatlich zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs erwerben können!

Keine Privatisierungen

Rekommunalisierung der NIAG und der Kreis Weseler Abfallgesellschaft!
Öffentlich geht vor privat!

Für soziale und ökologische Kreise, Städte und Gemeinden

Ziel der Stadtentwicklung ist für **DIE LINKE** eine lebenswerte und lebendige Stadt für alle. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sein.

Energieeinsparung hat für **DIE LINKE** Vorrang. Die Energieversorgung muss dezentralisiert werden. Hierbei muss die Kraft-Wärmekopplung genutzt werden. Erneuerbare Energien sind zu bevorzugen.

DIE LINKE steht für ein nachhaltiges Flächenmanagement: sozialverträgliche Nachverdichtung statt Zersiedelung der Landschaft; Umnutzung alter Gewerbeflächen statt Ausweisung neuer Gebiete. Schlüsselgrundstücke gehören unter öffentlicher Kontrolle – gehören in öffentlichen Besitz.

Für **DIE LINKE** gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns deshalb: Ausweitung des Wohnungsbestandes des Kreises!

Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Nachhaltigkeit im Sinne der Lokalen Agenda 21 hin ausgerichtet sein.

DIE LINKE will den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen zugunsten des Umweltverbundes von Fahrrad, Bus und Bahn. Die Bereitstellung eines bezahlbaren öffentlichen Personenverkehrs ist für uns eine soziale und ökologische Frage.

In ländlichen Gebieten des Kreises Wesel braucht es intelligente Nahverkehrskonzepte.

Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere und solche Menschen, die sich kein Auto leisten können. Da Frauen heute immer noch am meisten zu Fuß, mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, ist ihre Mobilität gegenüber Männern deutlich eingeschränkt.

Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Deshalb ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, Mobilität für die Menschen zu sichern.

Die NIAG ist zu 100% zu rekommunalisieren, damit Angebotsentwicklung und Preise wieder voll unter demokratische Kontrolle gelangen.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- Erbpacht vor Verkauf
- ein kommunales nachhaltiges Flächenmanagement
- sinnvolle Nutzung von Freiflächen, sozialverträgliche Nachverdichtung
- Zurückhaltung beim Bauen im Außenbereich (§35 Baugesetzbuch). Hier müssen weiterreichende kommunale Normen entwickelt werden!
- die kritische Überprüfung von Siedlungsausweisungen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen unter Bedarfs- und Folgegesichtspunkten
- die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit statt weiterer Zersiedlung
- konsequente Beteiligung aller Menschen, insbesondere von Frauen und Behinderten, bei der Stadtplanung und den lokalen Entscheidungen über die gesetzlichen Vorschriften hinaus
- die Stärkung des öffentlichen, sozialen Wohnungsbau
- die Verhinderung des Verschleuderns öffentlichen Wohnraumes (wie durch den Verkauf der LEG – Wohnungen)
- Mobilität für Alle, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Initiativen zu mehr Teilhabe von Menschen ohne Auto an Mobilität müssen her. Dazu gehören Sozialtickets und Jugend- und Seniorentarife; Firmen- oder Jobtickets sind attraktiver zu gestalten!
- eine Vorbildfunktion der Kreisverwaltung und kreiseigener Firmen bei der Bereitstellung von Firmentickets
- eine deutliche Erhöhung des öffentlichen Personennahverkehrs: hierzu müssen Verkehrspläne aufgestellt bzw. angepasst werden, die verbindliche Ziele, sozial-ökologische Schritte und

attraktive Angebote enthalten

- die Realisierung der NiederrheinBahn, der S-Bahn bis Wesel und der Nahverkehrsanbindung nach Arnheim
- den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten durch die Menschen im Kreis Wesel über den öffentlichen Verkehr durch Rekommunalisierung der NIAG
- dezentrale Energieversorgung und Ausbau der Nahwärmeversorgung
- für Energiepläne bei der Kreisverwaltung und den kreiseigenen Unternehmen, die binnen fünf Jahren zu einer Senkung des Energieverbrauchs um mindestens ein Drittel führen; es werden Leitlinien eingeführt, die den Belangen des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes verbindlich Rechnung tragen das Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen auf kreiseigenen Flächen.

Statt Armut – menschenwürdiges Leben für alle

Im Kreis Wesel wird die Kluft zwischen Arm und Reich ständig größer. Deshalb hat der Kampf gegen Armut für **DIE LINKE** oberste Priorität.

Inzwischen ist mindestens jede(r) Fünfte in unserem Kreis armutsgefährdet. Das hat eine immer stärkere Ausgrenzung sowie soziale und kulturelle Verarmung zur Folge.

Diese Entwicklung hat ihre Ursache im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung und zunehmende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse bietet es immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive.

Durch Hartz IV und einen ständig wachsenden Niedriglohnsektor ist das Ausmaß von Armut erheblich verschärft worden. Es wird sich durch die bevorstehende Rezession noch verstärken.

Besonders betroffen sind Familien mit Kindern. Über drei Millionen Minderjährige gelten als einkommensarm. Die Kinderarmut steigt.

Diese gewollten, von der Partei **DIE LINKE** bekämpften gesellschaftlichen Verhältnisse in einem der reichsten Länder der Erde sind ein Skandal.

In Deutschland können knapp 12 Millionen Beschäftigte nicht von ihrer Arbeit leben und viele erhalten ergänzendes Arbeitslosengeld II. Befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Teilzeitjobs nehmen von Jahr zu Jahr zu.

ALG II-Empfänger werden in 1 Euro-Jobs gezwungen. Das erhöht den Druck auf Arbeitslose und alle Beschäftigten. Es schwächt die Gewerkschaften und unsere soziale Gesellschaftsstruktur; selbst immer mehr Vollzeitbeschäftigte können von ihrem Lohn nicht mehr leben.

DIE LINKE will im Kreis Wesel Rahmenbedingungen schaffen, damit existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeitsplätze eingerichtet werden (siehe Kapitel Arbeit).

Die zunehmende Altersarmut trifft besonders Menschen, die zu einem niedrigen Einkommen gearbeitet haben, langzeitarbeitslos oder aus anderen Gründen nicht rentenversichert waren. Hier droht eine starke Zunahme, denn immer mehr Branchen zahlen Stundenlöhne von unter sieben Euro. Auch schlechter bezahlte Zeitarbeit steigt an. Deshalb fordert **DIE LINKE** einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro und armutsfeste Renten gegen die Altersarmut.

Menschen in Armut leben häufig in Wohnungen mit schlechter Qualität oder sogar in einer die Gesundheit gefährdenden Umgebung. Grundsätzlich darf niemand wegen ALG II aus seiner Wohnung vertrieben werden. Bei den Kosten der Unterkunft sind die gestiegenen Mieten und Nebenkosten voll zu berücksichtigen. Alternative Wohnformen und genossenschaftliche Projekte müssen gefördert werden.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor
- neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. kommunale Sozialtickets für Bus

- und Bahn, Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas
- Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen bis zum Abitur
- die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts
- den Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z.B. Arbeitslosenzentren.

Bildung für alle

DIE LINKE will, dass jedem Menschen in unserer Gesellschaft der Zugang zu Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information ermöglicht wird. Bildung muss zum Ziel haben, Menschen in die Lage zu versetzen, selbstbestimmt, mitbestimmend und solidarisch ihren Platz in dieser Gesellschaft zu finden.

Bildung im Elementarbereich: für starke, freie, selbstbewusste Kinder!

Die Kindertagesstätten und Krippen sind nicht nur Betreuungseinrichtungen, sie legen die Grundlagen für späteres erfolgreiches Lernen.

DIE LINKE will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen: stark, frei, selbstbewusst und sozial eingestellt.

Im Gegensatz dazu weist das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in die falsche Richtung. Mit ihm werden Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht und das Personal prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Das alles geschieht auf Kosten der Kinder, der Eltern, der Kommunen und vor allem der ErzieherInnen.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- die Sicherung der wohnortnahen, bedarfsdeckenden und qualifizierten Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen durch den Kreis Wesel in den Städten und Gemeinden, für die er die Aufgabe der Jugendpflege übernommen hat
- Betreuungs- und Öffnungszeiten der Kindertagesstätten, die eine Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglichen, auch wenn diese ungünstige Arbeitszeiten oder zeitraubende Arbeitswege haben gebührenfreie Kita-Plätze in altersgemischten Kleingruppen, damit Bildung von Anfang an sichergestellt wird!

Grundschulen wohnortnah: kurze Beine - kurze Wege!

In der Grundschule werden entscheidende Weichen für die Zukunft der Kinder gestellt. Dass schon hier Kinder in hohem Maß aussortiert werden, ist nicht zu verantworten.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- den Erhalt der Grundschulbezirke; deren Aufhebung birgt die Gefahr von "Ghettoschulen". Es gibt Grundschulen, die aufgrund ihres Umfelds und der Herkunft vieler ihrer Schüler in einer schwierigen Situation sind. Sie benötigen die besondere Unterstützung der Politik!
- den Erhalt möglichst vieler Grundschulen, auch wenn sie kaum die Mindestschülerzahl für eine Klasse erreichen. Der Kreistag muss sich beim Land dafür einsetzen, die starren Mindestklassengrößen aufzuheben und die Regeln der Lehrerteilung für kleine Schulen zu ändern. Geringere Jahrgangsstärken müssen für bessere Bildung genutzt werden!
- einen geregelten, pädagogisch sinnvoll gestalteten Ganztagsunterricht für alle Schüler. Die Offenen Ganztagschulen sind erst ein Schritt in die richtige Richtung und müssen weiter ausgebaut werden. Sie dürfen sich nicht auf die Betreuung der SchülerInnen beschränken,

sondern die individuellen Talente müssen entdeckt und gefördert werden. Gleichzeitig müssen schwächere SchülerInnen individuell und wirksam gefördert werden. Hier fordern wir die Einstellung von PädagogInnen, allerdings nicht in prekären Arbeitsverhältnissen!

- ein gesundes, ausgewogenes und kostenloses Mittagessen für alle Kinder in der Ganztagschule!

Migrantenkinder brauchen spezielle Förderung!

Es besteht ein deutlicher Zusammenhang von Schulerfolg und Sprachbeherrschung. Kinder aus Familien in denen nicht Hochdeutsch die Familiensprache ist (Aussiedler oder Migrationshintergrund) haben hier besondere Schwierigkeiten, aber auch Chancen. Wir fordern, wo dies möglich ist, zusätzlich zum normalen Unterricht eine Förderung dieser Kinder durch muttersprachlichen Unterricht und durch Zusatzunterricht 'Deutsch als Fremdsprache'.

Dazu brauchen die Schulen Unterstützung und Fortbildungen.

Längeres gemeinsames Lernen nützt *allen* SchülerInnen! - „Eine Schule für *alle*“!

In der Bildungsforschung gibt es mittlerweile übereinstimmend die Forderung, dass längeres gemeinsames Lernen besser ist für ALLE SchülerInnen.

Die Länder mit einheitlichen Schulsystemen haben sowohl in der Spitze bessere Leistungen, als auch ein höheres Niveau bei leistungsschwachen SchülerInnen im Vergleich zu Deutschland. Der Unterricht im Klassenverband wird dafür stärker individuell differenziert. Das setzt allerdings kleinere Klassen voraus und erheblich intensivere Betreuung eines jeden einzelnen Kindes. Insbesondere wenn man das Aussortieren von Kindern in den Sonder-/Förderschulbereich auf ein Minimum reduzieren will.

Das bestehende dreigliedrige Schulsystem bedeutete in der Konsequenz vor allem eine *soziale Selektion* der Kinder und Jugendlichen.

Berufskolleg – Duale Ausbildung!

Berufsausbildung betrifft 70 Prozent der Menschen direkt. Berufliche Ausbildung soll für einen Beruf und auf die Arbeitswelt vorbereiten, befähigen, die Lebens- und Zukunftsplanung für junge Menschen zu gewährleisten sowie Selbstentfaltung und Persönlichkeitsentwicklung zu ermöglichen. Sie ist ein Sozialisationsinstrument für das Erleben und Umsetzen "Guter Arbeit" und damit Weiterentwicklung von Gesellschaft.

Im Kreis Wesel ist die Berufsschulbildung Kreissache. Die Berufskollegs des Kreises Wesel tragen eine besondere Verantwortung für eine qualitativ hochwertige, umfassende und moderne berufliche Ausbildung.

Bildungsinhalte dürfen nicht einseitig auf die kurzfristige Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt hingerrichtet sein. Die berufliche Erstausbildung legt die Grundlage für individuelle Bildungswege und Erwerbsbiographien. Die Qualität der Ausbildung hat daher oberste Priorität.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- die staatliche Aufsicht der dualen Ausbildung, um Scheinausbildung zu verhindern und die Qualität der beruflichen Bildung von neutraler Stelle zu beaufsichtigen und zu unterstützen
- die Stärkung der Stellung der Berufsschule innerhalb der praxisorientierten dualen Ausbildung
- das flächendeckende Angebot von Berufsorientierung in allen allgemeinbildenden Schulen
- eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen, um allen Jugendlichen eine gute Ausbildung bieten zu können
- ein Ausbildungssystem, das zur Überwindung überkommener geschlechtlicher Rollenzuweisungen beiträgt; Berufswahl ohne geschlechtsspezifische Präferenzen ist

- entscheidend für die späteren Verdienstaussichten und Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen
- spezifische Förderangebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund; hierzu sind konkrete Konzepte der Berufsbildenden Schulen zu entwickeln
- ein gemeinsames Aufwachsen und Lernen behinderter und nicht behinderter Jugendlicher
- Sicherstellung, dass alle Berufskollegs im Kreis Wesel in die Lage versetzt werden, auf die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung einzugehen und den im Einzelfall erforderlichen sonderpädagogischen Förderbedarf bereitzustellen keine Werbung der Bundeswehr in Schulen; das ist kommunale Friedenspolitik!

Gute Arbeit - Gute Löhne - Gute Rente

DIE LINKE wendet sich energisch gegen den Trend, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse durch Mini Jobs oder gar 1Euro-Jobs zu verdrängen. Wir bleiben bei dem Grundsatz: „**Von Arbeit muss man leben können**“.

Der Kreis hat vielfältige Möglichkeiten aktiv zu werden. Durch weitere Umgestaltung zu kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen besteht sowohl bei der Kreisverwaltung als auch bei den Tochterfirmen des Kreises, die Möglichkeit Beschäftigung auszubauen. Hierzu bedarf es einer vorbildlichen Ausbildungsbereitschaft sowie eines integrierten Personalentwicklungskonzeptes, die beide mit dem Frauenförderplan abgestimmt sind.

Durch Investitionen in die Infrastruktur, kombiniert mit Ausschreibungen, die im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sowohl ökologische als auch soziale Standards einfordern (wie Mindestlohn, Tariftreue,...), können der Kreis und seine Tochterfirmen auch bei Dritten zur Förderung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung beitragen.

Damit die positiven Auswirkungen zu einer Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe führen, sind alle Ausschreibungen so zu fassen, dass die regionale Wirtschaft sich bewerben kann.

Als weiteres Element der Wirtschaftsförderung dient die oben beschriebene effektive, gut ausgebildete Verwaltung, die in der Lage ist, durch schnelle Entscheidungen die Firmen im Kreis zu stärken und an den Kreis zu binden. Wirtschaftsförderung muss in kreisweiter Kooperation der Städte und Gemeinden sowie in enger Abstimmung mit der regional wirkenden Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr des Regionalverbandes Ruhr betrieben werden.

DIE LINKE lehnt eine Konkurrenz unter den Kommunen ab. Diese würde dazu führen, dass öffentliches Eigentum verschleudert wird. Mit Gewerbegrundstücken ist nachhaltig zu wirtschaften. Ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsförderung ist der Bestand starker Sparkassen, deren Geschäftsmodell auf sicheren Spareinlagen und gesicherten Krediten zur Finanzierung des Investitionsbedarfs der heimischen Wirtschaft beruht.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- den kompletten Stopp der Zuweisungen von ALG II – Beziehern durch die ARGE des Kreises Wesel in 1 Euro-Jobs und stattdessen, die Umwandlung von 1 Euro-Jobs in existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- Ausbildung über den Bedarf hinaus, in der Kreisverwaltung sowie in den kreiseigenen Betrieben (Niag, AEZ); sowie den konsequenten Ausbau von Arbeitsplätzen für Jugendliche, Ältere, Schwerbehinderte, Langzeitarbeitslose und Migranten
- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns
- die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit sozial und tariflich gesicherten Arbeitsplätzen
- Tariftreue – Keine Umwandlung von Flächentarifverträgen in Haustarifverträge
- die zwingende Koppelung der Vergabe öffentlicher Aufträge an Mindeststandards: Einhaltung der Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, tarifvertraglicher Bestimmungen und des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes

- Förderung mittelständischer Unternehmen im Kreis Wesel durch Gestaltung der Vergabe
- die Verbesserung der Standortqualität für Firmen und Unternehmen, die Förderung der Ansiedlung von Firmen für Zukunftstechnologien sowie die Weiterentwicklung des Unternehmensbestandes und somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze
- nachhaltige Frauenförderung, keine Minijobs beim Kreis und seinen Töchterbetrieben.

DIE LINKE wird Einfluss auf die Landesebenen nehmen, um die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung von Städten und Gemeinden zu stärken. Die öffentliche Daseinsvorsorge sowie Bildung und Kultur dürfen nicht dem Streben nach Erhöhung der Kapitalrendite unterworfen werden.

Sozialticket

DIE LINKE fordert die kreisweite Einführung eines Sozialtickets.

Wer arm ist, darf nicht vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Soziale Teilhabe und Mobilität sind Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.

Für viele Bewohner des Kreises ist das Fahren mit Bahn und Bus unerschwinglich geworden: ältere Menschen mit geringfügigen Renten, Menschen, die von den Hartz-IV-Gesetzen betroffen sind, Menschen in schlecht bezahlten Jobs an der Armutsgrenze und Empfänger von Sozialgeld. Bereits alltägliche Wege wie Einkaufen, Arztbesuche oder Behördengänge werden so zum unüberwindlichen Problem, ebenso die lebenswichtige Pflege sozialer Kontakte über das unmittelbare Lebensumfeld hinaus.

Eine Fahrt zur ARGE und zurück kostet heute innerhalb von Moers 3,80 €, von Sonsbeck nach Kamp-Lintfort 7,05 €. Dabei stehen Empfängern von ALG II und Sozialgeld nach dem Regelsatz gerade einmal ca. 15 € monatlich für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Verfügung. Das entspricht maximal vier Hin- und Rückfahrten.

Das Kreis Weseler Sozialticket könnte einen wesentlichen Beitrag leisten, eine angemessene Mobilität bei den betroffenen Menschen zu fördern und zudem eine wichtige Hilfestellung gerade auch für arbeitssuchende Menschen bieten.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- die umgehende Einführung des Sozialtickets im öffentlichen Personennahverkehr. Bezugsberechtigt sind alle Menschen mit Hauptwohnsitz im Kreis Wesel, deren Einkommen im Bereich von SGB II/ALG II liegt
- ein Sozialticket, das im gesamten Geltungsbereich der VGN nutzbar ist. Es soll pro Monat nicht mehr als 15 € für Erwachsene kosten (Kinder und Jugendliche entsprechend ermäßigt)
- für Verhandlungen mit dem VRR, um eine Ausweitung des Geltungsbereiches auf die angrenzenden Städte zu erreichen.

Für den Ausbau kommunaler Politik

DIE LINKE setzt sich für direkte Demokratie, nämlich den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen ein. Deshalb tagt **DIE LINKE** in den Kommunen Nordrhein-Westfalens grundsätzlich beteiligungsoffen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass im Kreis Wesel der Bürgerhaushalt eingeführt wird.

Sobald wie möglich muss der gesamte Haushalt in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt werden. Denn so wird eine direkte Mitwirkung der Menschen an der

Schwerpunktsetzung möglich. Das ist das demokratische Gegenteil zu bloßer Information über eine schlechte Finanzlage oder die reine Abschiebung von Verantwortung.

Beim Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass soziale Minderheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vor gelassen werden.

DIE LINKE will die Menschen direkt über Angelegenheiten von großer Tragweite entscheiden lassen. Bürgerbegehren müssen aktiv von der Verwaltung unterstützt werden. Bürgerentscheide sollen zum normalen Handwerkzeug der politischen Gestaltung werden.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- öffentliche Diskussion aller Themen, die nicht zwingend nichtöffentlich zu behandeln sind, in barrierefreien Räumen
- alle Gremien des Kreises treffen sich grundsätzlich in barrierefreien Räumlichkeiten
- die Stärkung der direkten Demokratie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide – die Kreisverwaltung muss diese aktiv unterstützen
- Service statt Ablehnung als Markenzeichen von Verwaltung im Umgang mit Bürgerinitiativen
- Bürgerversammlungen zu wichtigen kommunalen Problemen
- den Ausbau des öffentlichen Sitzungsteils des Kreistages und seiner politischen Gremien, auch bei Beschlüssen
- die Offenlegung und Begrenzung mandatsbezogener Nebeneinkünfte von Kommunalpolitikern, z.B. in Aufsichtsratsgremien oder Beteiligungsunternehmen
- Stärkung der Möglichkeiten von Betroffenen sich in die Kreistagsberatungen einzubringen
- die Bildung von bürgerschaftlichen Nutzer- und Betroffenen-Beiräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern und bei Beteiligungsunternehmen. Dies umfasst z.B. Fahrgastbeiräte, Mieterbeiräte, Beiräte von Schwimmbädern, Arge-Beiräte.
- die konsequente Beachtung der Geschlechtergerechtigkeit, auch bei öffentlichen Leistungen des Stadthaushaltes; dies muss bei den Ausgaben berücksichtigt und geschlechtsspezifisch dargestellt werden
- die Einführung einer Quotierung bei der Wahl der Beigeordneten
- unbürokratische und bürgerfreundliche Fragestunden. So können Informationsmängel aufgelöst und der Abstand zwischen Einwohnern und kommunalen Gremien verringert werden.

Keine Privatisierung

DIE LINKE steht für Erhalt und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt **DIE LINKE** grundsätzlich ab.

Bereits privatisierte Bereiche müssen rekommunalisiert werden. Öffentliche Aufgaben des Kreises Wesel sind zum Beispiel der Öffentliche Personennahverkehr und die Abfallentsorgung. Sie dürfen weder privatisiert noch den Gesetzen von Markt und Wettbewerb untergeordnet werden. Die Ausrichtung an Effizienzkriterien der privaten Wirtschaft führt zur Verschlechterung der Arbeits- und Bezahlungsbedingungen und des Services. Die umfassende Versorgung der Bevölkerung muss unabhängig von der persönlichen Leistungskraft oder dem Einkommen der Menschen im Kreis Wesel sichergestellt werden.

Diese Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Dienstleistungen sind überwiegend durch Steuergelder finanziert. Sie sind Eigentum der Menschen im Kreis und müssen demokratisch kontrolliert und gestaltet werden. Das umfasst sowohl die demokratische Kontrolle und politische Entscheidungsmöglichkeit durch den gewählten Kreistag, als auch durch direkte Demokratie in Form von Bürgerentscheiden und Bürgerbegehren.

Deshalb lehnt **DIE LINKE** auch die Umwandlung öffentlicher Einrichtungen in private Rechtsgesellschaften wie GmbHs ab. Sie sind die Vorstufe von Privatisierung, Tarifflicht und

Kontrollflucht. Gewählte Kreisräte sind durch die Kreisbewohner demokratisch kontrollierbar, Aufsichtsräte und Geschäftsleitungen kaum.

Auch die zunehmende Beteiligung von privaten Investoren an öffentlichen Projekten (Public-Private-Partnership, PPP) lehnen wir ab. PPP wird langfristig für die Kommunen teurer, die öffentliche Kontrolle geht verloren.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- die Rekommunalisierung der NIAG. Die Sicherstellung des ÖPNV ist Aufgabe des Kreises Wesel. Durch Personalabbau und Einsatz privater Unternehmen, die geringere Gehälter zahlen als die NIAG, macht diese seit der kostenlosen Übernahme der Mehrheit der Anteile durch einen privaten Betreiber und der weiterhin jährlichen Bezuschussung von 6 Mio. Euro aus Steuergeldern keine Verluste mehr, sondern Gewinne. Die Einflussmöglichkeit der Politik auf Entscheidungen, wie die Einführung des Sozialtickets, muss in vollem Umfang wiederhergestellt werden.
- die Rekommunalisierung der Kreis Weseler Abfallgesellschaft und damit der Müllverbrennungsanlage Asdonkshof. Der Betrieb des Abfallentsorgungszentrums (AEZ) in Kamp-Lintfort ist Aufgabe des Kreises Wesel. Alleine durch die Andienungspflicht aller kreisangehörigen Kommunen ist das eine staatliche Aufgabe. Ein großer Teil des in 2007 erwirtschafteten Jahresüberschusses in Höhe von 3,6 Mio. Euro muss an die Gebührenzahler weitergegeben werden. Die undurchsichtigen Berechnungen über die Höhe der Gebühren können nur genauer überprüft werden, wenn 100 % des AEZ in staatlicher Hand sind.
- ein Veräußerungsverbot der Anteile des Kreises Wesel an den gemeinnützigen Bauvereinen und der Wohnungsbaugesellschaft. Nur durch öffentliche Wohnungspolitik kann preiswerter, menschenwürdiger Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.
- den Erhalt des Systems der öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Zur Sicherstellung einer angemessenen Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkassen ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Rechtsform in kommunaler Trägerschaft als allein mögliche Organisationsform zwingend geboten. Die Sparkassen versorgen alle Menschen mit Finanzdienstleistungen und haben sich – als einzige Gruppe im Kreditsektor – verpflichtet, ein „Girokonto für Jedermann“ zu führen. Eine Privatisierung der Sparkassen bedeutet schmerzhaftes Einschnitte in diese Infrastruktur, da eine entsprechende Gemeinwohlorientierung privater Anteilseigner zumindest äußerst zweifelhaft ist.
- öffentlich geht vor privat!
- ein breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Menschen durch soziale Dienstleistungen und eine sozialen Tarifstruktur einzulösen.
- den Verbleib von öffentlichem Eigentum in öffentlicher Hand! Keine Privatisierung! Was das Volk bezahlt hat, gehört ihm auch!

Für eine transparente und bürgerorientierte Finanzpolitik

DIE LINKE tritt für eine Haushaltspolitik im Kreis Wesel ein, die sich am Gemeinwohl der Menschen orientiert und die eine leistungsstarke Infrastruktur sichert und erweitert. Erhalt und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge hat einen zentralen Stellenwert bei der finanziellen Ausrichtung des Kreises einzunehmen.

DIE LINKE fordert eine angemessene und an den Aufgaben orientierte finanzielle Ausstattung der Kommunen. Sie setzt sich dafür ein, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht immer weiter durch Kürzungen von Landes- und Bundeszuweisungen ausgehöhlt wird. Alle Bundes- und Landesregierungen haben die finanzielle Ausstattung der Kommunen und Kreise zu Lasten der kommunalen Ebene weiter verschlechtert.

Die neoliberale Politik hat dazu geführt, dass Städte, Gemeinden und Kreise ihr Handeln immer mehr einem betriebswirtschaftlichen Diktat unterwerfen, statt sich dem Gemeinwohl verpflichtet zu sehen.

Die Umstellung der bisherigen kameralistischen auf die doppische (Ergebnishaushalt+Finanzhaushalt+Stellenplan) Haushaltsführung im Rahmen des NKF (Neues kommunales Finanzmanagement) führt zu einer weiteren Umorientierung, hin zur rein betriebswirtschaftlichen Sichtweise.

Aus Versorgungsleistungen werden Produktgruppen, die zudem quantitativ bemessenen Benchmarks unterzogen werden. **DIE LINKE** will diese Entwicklung bekämpfen. Die neuen Prinzipien der Haushaltsführung müssen genutzt werden, um das öffentliche Vermögen zu erhalten und das Angebot und die zu erbringenden Leistungen für die Menschen zu verbessern.

Transparenz und die Erfüllung öffentlicher Daseinsvorsorge müssen hier vorrangig eine Rolle spielen. Zentrale Bedeutung erhält dabei die Beteiligung der Menschen durch einen Bürgerhaushalt, der diesen Namen auch verdient. Die Instandhaltung des Infrastrukturvermögens ist fortlaufend zu gewährleisten.

DIE LINKE kämpft dafür, dass Bund und Länder den Kommunen die Mittel bereitstellen, die diese benötigen, um die entsprechende Infrastruktur zu finanzieren. Die Abschreibungen stellen hier die Mindesthöhe der zu berücksichtigenden Mittel dar. Das Vorhalten einer leistungsstarken Infrastruktur ist auch im Interesse kommender Generationen.

DIE LINKE lehnt jede Art von PPP-Modellen ab. Diese dienen nur dazu, die Schulden des Kreises zu verschleiern, die Kapitalanlagen privater Investoren durch Steuergelder abzusichern und ggf. die Bewirtschaftung von Gebäuden zu privatisieren. Kreditaufnahmen machen Sinn, wenn durch sie notwendige Sachwerte angeschafft oder erhalten werden. Jede Art von Spekulation mit den Geldern des Kreises haben, wegen der damit verbundenen, nicht abschätzbaren Risiken, zu unterbleiben.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- eine kontinuierliche Aufgabenkritik und Optimierung von Verwaltungsvorgängen, ohne dies zur Mittelkürzung oder zum Personalabbau zu missbrauchen
- für die Nutzung von Möglichkeiten zur Erwirtschaftung zusätzlicher Mittel durch Optimierung und Professionalisierung des Finanzmanagements
- für gleiche und transparente Bewertungskriterien für Vermögenswerte des Kreises für nachhaltige Investitionen
- für sozial verträgliche Gebühren und Beiträge.

Kommunale Gesundheitspolitik

Gesundheit ist keine Ware - Gesundheit ist ein Grundrecht!

Jeder Mensch hat Anspruch auf Gesundheit und optimale Krankenversorgung.

DIE LINKE kämpft gegen die Zweiklassengesellschaft im Gesundheitswesen.

Die solidarische Finanzierung der Gesundheits-/Krankheitskosten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, aus der sich niemand verabschieden darf.

Armut hat schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen. Sie bewirkt ein erhöhtes Krankheits- und Sterberisiko. Der Kampf gegen Armut ist daher für **DIE LINKE** ein wesentlicher Baustein in der Gesundheitspolitik!

Umgekehrt erhöht dauerhaft schlechte Gesundheit das Armutsrisiko. Die Gesundheitspolitik im Kreis Wesel muss der Gesundheitsvorsorge und -aufklärung, der Förderung von Selbsthilfe und einer umfassenden Definition von Gesundheit eine wesentlich größere Bedeutung geben.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- die Aufwertung des Stellenwerts der Gesundheits–Selbsthilfe Die Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen müssen ausgebaut werden um die Arbeit der Selbsthilfegruppen besser zu unterstützen und zu koordinieren
- die Anerkennung von Gesundheitspolitik - vergleichbar der Umwelt- und Frauenpolitik - als Querschnittsaufgabe. Alle Planungs- und Entscheidungsprozesse der Verwaltung und der Politik müssen unter gesundheitspolitischen Aspekten geprüft werden Förderung und Ausbau der ambulanten, Teilzeit– und Vollzeitpflege und der Ausbildung qualifizierter Pflegekräfte
- den Ausbau und die dauerhafte Absicherung der medizinischen Versorgung obdachloser Menschen. Die bestehenden Initiativen sind stärker zu fördern. Über die Notversorgung hinaus ist insbesondere im Bereich der medizinischen Vorsorge und Aufklärung zu investieren die Entkriminalisierung drogengebrauchender Menschen. Wir brauchen den Ausbau konkreter Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen für Süchtige, damit diese die Chance eines Lebens auch außerhalb ihrer Szene erhalten. Die Fortführung der finanziellen Unterstützung von Eingliederungsmaßnahmen, wie durch den SCI, muss gesichert werden
- die Intensivierung der schulärztlichen (allgemein- und zahnmedizinischen) Betreuung und gesundheitlichen Aufklärung (auch durch die Aids-Fachkraft) von Kindern und Jugendlichen
- ein Beratungsangebot und Kurse gegen Mangel- und Fehlernährung, für eine gesunde Ernährung für Eltern und Kinder
- die Einrichtung einer Krisenberatungsstelle für Kinder, Frauen und Mütter mit einer Vielzahl an menschnahen und unbürokratischen Anlaufstellen in Zusammenarbeit mit Kinderärzten, Frauenärzten und Hebammen

Für gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen

Für **DIE LINKE** ist Behindertenpolitik eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern zu bearbeiten ist. Unser Ziel ist es, behinderten Menschen eine selbst bestimmte Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- den Ausbau ambulanter sozialer Dienste
- Beratungsangebote für alle Bauwilligen hinsichtlich der Möglichkeiten barrierefrei zu bauen – dadurch erübrigen sich spätere teurere Umbauten
- Beratung von Betroffenen durch Betroffene
- die flächendeckende Einrichtung von Hospizen. Hier muss der Kreis als Moderator zwischen den Städten und Gemeinden und den Sozialverbänden tätig werden
- selbstbestimmte Assistenz statt fremdbestimmte Betreuung; „Hilfen aus einer Hand“ statt ständig wechselndes Pflegepersonal; Übernahme der Verwaltungsangelegenheiten (Lohnabrechnungen) durch den Kreis oder Hilfe bei der Gründung von Assistenzgenossenschaften
- mehr integrative Kindergärten und Schulen, damit Kinder frühzeitig und ohne Vorbehalte mit und voneinander lernen können
- die Verbesserung und den Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder den Ausbau von Mehrgenerationen-Spielplätzen
- die barrierefreie Ausgestaltung des öffentlichen Raumes und öffentlicher Gebäude bei allen Neu- und Umbauten
- Qualifizierung der Verwaltungsbeschäftigten, um eine bestmögliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter

Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, die nicht nur auf die Begriffe Rente, Pflege und Kosten reduziert werden dürfen.

Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit Gemeinde-/Stadtrat/Kreistag, Verwaltung und Seniorenbeirat die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen.

Der gesellschaftlichen Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren muss entgegen gewirkt und die Sicherung der Altenpflege ohne Pflegenotstand gewährleistet werden.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- Angebote, dass ältere Menschen, wenn sie es wünschen und solange es möglich ist, in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können
- Begegnungsangebote in erreichbarer Nähe (u.a. Sport, Bildung, Kultur, Freizeitgruppen)
- die Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV
- die Sicherstellung und Verbesserung der Nahversorgung in allen Stadt- und Ortsteilen; die Ansiedlung von CAP-Märkten (Supermarkt in dem vorwiegend Menschen mit Behinderung – Handicap- beschäftigt werden) oder die Versorgung von Wohngebieten ohne Lebensmittelmärkte mit dem CAP-Mobil
- den Aufbau unabhängiger, dezentraler Pflegeberatungsstellen
- unangemeldete Kontrollen in den Heimen durch die Heimaufsicht
- die Verbesserung und Erweiterung der Angebote zur Behandlung von an Demenz erkrankten Menschen (Pflegestellen), dabei auch Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige.

Betuwe-Linie– sicher und siedlungsfern

DIE LINKE ist für eine weitgehende Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Deshalb ist eine leistungsfähige Güterverkehrsverbindung von Rotterdam ins Ruhrgebiet und weiter in den Süden Deutschlands und Europas dringend erforderlich. Die Niederlande haben dies erkannt und eine völlig neue Güterverkehrsstrecke für Zugfolgen von zweieinhalb Minuten, 1000 m Zuglänge und Geschwindigkeiten bis 200 km/h gebaut.

Die DB will diesen Verkehr von Emmerich über die bestehende Strecke bis Oberhausen weiterleiten. Sie plant dafür als absolute Sparlösung ein drittes Gleis zu den beiden bestehenden. Als minimaler Lärmschutz sind in den Wohngebieten Betonwände geplant: Vier Meter hoch - eigentlich wären 6 bis 7 Meter nötig! Den fehlenden Schutz sollen Fenster liefern, die weder den Familien in ihren Gärten noch den Kindern auf dem Schulhof oder Kindergartengelände helfen. Nicht nur Lärm, auch Erschütterungen und Staubemissionen der offen transportierten Erze und Kohlen werden sich massiv verstärken.

Die größte Bedrohung der Menschen ergibt sich aus den erheblich ausgeweiteten Gefahrguttransporten (40 % und mehr). Die Niederlande haben die gesamten Gleise in eine Betonwanne gelegt; es wurden dort breite Sicherheitsstraßen und Hydranten angelegt, die Güterverkehrsstrecke wurde kreuzungsfrei und konsequent siedlungsfern gebaut; auf den traditionellen Bahnstrecken werden Gefahrguttransporte verboten.

In Deutschland soll der gefährliche und ausgeweitete Güterverkehr mitten durch dicht bewohnten Gemeinden und Städte geführt werden.

Die einzig akzeptable Lösung ist der Bau einer neuen, siedlungsfernen Güterverkehrsstrecke entlang der A3, entsprechend der Strecke in den Niederlanden.

Nur damit kann ein vernünftiger Personennahverkehr auf der Strecke Emmerich-Oberhausen gewährleistet werden. Wer die Bahn nutzt weiß, wie oft auf Fern- und Güterverkehr gewartet werden muss. Wie wird das sein, wenn alle zweieinhalb Minuten ein Güterzug auf den jetzigen

Gleisen unterwegs ist? Wie viele Züge werden ausfallen wenn jahrelang auf der ganzen Strecke gebaut wird? Wir wollen keine Einschränkung des Personenverkehrs – ganz im Gegenteil: die S-Bahn muss mindestens bis Wesel verlängert werden, die Regionalzüge müssen endlich wieder eine pünktliche und komfortabel Alternative zum PKW werden!

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- die Errichtung einer Trasse weg von den Städten und Dörfern entlang der Autobahn A3, siedlungsfern zum Schutz der Menschen, Tunnelung wo erforderlich
- Schallschutz sofort entlang der bestehenden Trasse
- Ausführung der Trasse wie in den Niederlanden; Trogbauweise zum Schutz der Umwelt
- Bau einer parallel zur Trasse laufenden Straße für schwere Hilfs- und Rettungsfahrzeuge
- Hydranten in 500 m Abständen entlang der gesamten Trasse für die Entnahme von Wasser oder anderen Löschmitteln.

Schluss mit der Hinhaltetaktik und Verschleierung!

Hochwasserschutz

Im Kreis Wesel muß das Hochwasser des Rheins durch die höchsten Deiche weltweit abgewehrt werden. 70 Km Rheindeiche sind ständig zu überwachen und werden immer noch ausgebaut. Deichverbände tragen die Last der Daseinsfürsorge von über 350.000 Menschen. Durch Abbau von Salz und Kohle sind Senkungen in einem dicht besiedelten Gebiet entstanden, die bei einem Deichbruch volllaufen. Das Schadenspotenzial allein am linken Niederrhein liegt bei 100 Mrd. €.

Die Städte und Gemeinden haben als Hauptakteure mit den Instrumenten des Bauordnungsrechts und der Bauleitplanung einen wesentlichen Beitrag zum Hochwasserschutz zu leisten. Bereits bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes treffen sie die Vorentscheidung für den Verlust oder die Sicherung von Überschwemmungsgebieten. Im eigenen Interesse müssen die Kommunen in der Zukunft den Belangen des Hochwasserschutzes verstärkt Rechnung tragen.

Ein Jahrhunderthochwasser kann sich jederzeit wiederholen. Das bisherige Hochwasser- und Risikomanagement ist nicht mehr zeitgemäß. Sicherheitsmängel werden nicht zugeben, Hochwasservorsorge wird meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert. Daten- und Kartenmaterial, z.B. Zustand und Belastungsgrenze der Deiche, sind nur wenigen bekannt. Die EU-Richtlinie über die „Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken“ muß sofort, und nicht erst 2010, umgesetzt werden.

DIE LINKE fordert realistische Katastrophen- bzw. Rettungsszenarien unter Beteiligung der Hochwasserschutz- und Umweltverbände, mit Einbindung der Menschen. Das gesamte System muss gebündelt und optimiert werden; interkommunale und grenzübergreifende Zusammenarbeit ist notwendig.

Auf Grund des Klimawandels kommen auf die Hochwasseranlagen und Überflutungsgebiete zusätzliche Gefahren zu. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, Wasser ab- und umzuleiten, bevor ein für die Deiche und damit für die Menschen bedrohlicher Pegel erreicht wird. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Forderung des Hochwasserschutzverbandes Niederrhein nach einer Erhöhung der Abflusskapazität durch einen „Bypass“ vom Rhein bis zum IJsselmeer.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- die Erstellung einer Risiko- und Gefahrenanalyse
- die Entwicklung eines realistischen Katastrophen- bzw. Rettungsplans, unter Beteiligung der Hochwasserschutz- und Umweltverbände mit Einbindung der Bürger
- die Erstellung eines General-Sanierungsplans und den zügigen Deichausbau weit vor 2015
- die ausreichende Ausweisung landwirtschaftlich genutzter Freiflächen, die als Überflutungsflächen genutzt werden können
- die Begrenzung der Bodenversiegelung und Ausweisung von Flächen, die der Regenwasserrückhaltung und –versickerung dienen
- eine Erhöhung der Abflusskapazität durch einen Rhein-Bypass

- ausreichend viele Pumpstationen und Rettungspunkte
- Verbesserung der Frühwarnsysteme
- ausreichende Information der Bevölkerung durch Hochwasseraktionspläne und Gefahrenkarten
- das Anbringen einer Markierung an markanten Punkten, die anzeigt, wie weit dieser Punkt unter dem Rheinniveau liegt; dadurch wird das Bewusstsein für die Hochwassergefahr geschärft.

Kreis Wesel – bunt statt braun

Im Kreis Wesel gibt es eine rechte Szene, von der Gefahren für Andersdenkende ausgehen.

DIE LINKE tritt dieser Entwicklung entschieden entgegen. Wir wollen einen bunten Kreis Wesel, tolerant und sicher.

Jeder, ob Privatperson oder öffentliche Institution, ist gefordert, gegen Rassismus und Rechtsextremismus, für Demokratie, Vielfalt und Toleranz einzutreten.

DIE LINKE tritt im Kreis Wesel ein für:

- die Bereitstellung finanzieller Mittel zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an den Schulen des Kreises, den Berufskollegs
- eine ausreichende finanzielle und personelle Unterstützung der Arbeit interkultureller Zentren sowie der für Integration arbeitenden Bündnisse, Vereine, Initiativen und Projekte im Kreis
- Förderung kultureller und jugendpolitischer Arbeit im Kreis Wesel gegen rechts.